



RWB Global Market GmbH & Co. Secondary V geschlossene Investment-KG

Oberhaching

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2019 bis 31.12.2019

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

1. Grundlagen der Gesellschaft

Die Gesellschaft ist eine Publikumsinvestmentkommanditgesellschaft im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuchs (KAGB). Zweck der Gesellschaft ist die Anlage und Verwaltung ihrer Mittel nach einer festen Anlagestrategie zur gemeinschaftlichen Kapitalanlage zum Nutzen der Anleger nach Maßgabe der §§ 261 bis 272 KAGB.

Die Berichtsgesellschaft hat potenziellen Anlegern Kommanditbeteiligungen zur Zeichnung angeboten. Der Platzierungsbeginn erfolgte zum 01.07.2013, die Schließung zum 30.06.2014. Die Gesellschaft verfügt über Einzahlungen auf bestehende Kommanditeinlagen in Höhe von insgesamt TEUR 13.073 (Vj. TEUR 13.073). In Anwendung der Definition im Gesellschaftsvertrag der RWB Global Market GmbH & Co. Secondary V geschlossene Investment-KG gilt dabei ein eingezahlter und gewinnbezugsberechtigter Euro als ein Anteil, woraus sich zum Bilanzstichtag 13.073.447 (Vj. 13.073.447) umlaufende Anteile ergeben.

Die Gesellschaft ist ein Alternativer Investmentfonds (AIF), der von der externen Kapitalverwaltungsgesellschaft (KVG) RWB PrivateCapital Emissionshaus AG verwaltet wird, auf den gemäß § 353 Abs. 6 S. 1 KAGB die Vorschriften dieses Gesetzes einschließlich der dazu ergangenen unionsrechtlichen Verordnungen anzuwenden sind. Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter und unterhält keine Zweigniederlassungen.

Bei der Gesellschaft bestehen keine Teilgesellschaftsvermögen.

Anlageziel des AIF ist die Investition in ein, teilweise mittelbar gehaltenes, global diversifiziertes Portfolio aus Beteiligungen an Private Equity Zielfonds welche ihrerseits direkt oder indirekt in Zielunternehmen investieren und Private Equity Zielfonds die ihrerseits wiederum nach einem Dachfondskonzept investieren und solche Beteiligungen an AIF auf dem Zweitmarkt erwerben (Secondary-Dachfonds). Schwerpunkt sollen Zielfonds sein, die zum Investitionszeitpunkt ihren Sitz innerhalb des Geltungsbereiches der AIFM-Richtlinie haben und die ihrerseits mittelbar oder unmittelbar die Anlagestrategien Buyout und/oder Growth verfolgen. Insbesondere bis zur Vornahme der Investitionen und Kapitalabrufe durch die Zielfonds kann ein Anteil von bis zu 100 % des zur Verfügung stehenden Kommanditkapitals in Vermögensgegenstände nach Maßgabe der §§ 193 bis 195 KAGB zu Zwecken der verzinslichen Liquiditätsanlage gehalten werden. Ein Anteil von maximal bis zu 10 % des Wertes des AIF kann in Derivate mit dem Zweck der Absicherung gegen Wertverluste der von dem AIF gehaltenen Vermögensgegenstände getätigt werden. Falls erforderlich, ist eine Kreditaufnahme für Rechnung des Investmentvermögens zu marktüblichen Bedingungen maximal bis zu einer Grenze in Höhe von 25 % des Verkehrswertes der im AIF befindlichen Vermögensgegenstände möglich.

Die Anlagepolitik des AIF ist insbesondere durch die Investitionstätigkeit als Private Equity Dachfonds sowie durch einen definierten Investitionsprozess in Ansehung der Zielfondsbeteiligungen geprägt. Als Anlageziel des AIF sollen im Rahmen eines mehrstufigen und strukturierten Due Diligence Prozesses solche Zielfondsbeteiligungen für das Portfolio des AIF ausgewählt werden, die ein überdurchschnittliches Renditepotential innerhalb der Anlageklasse Private Equity besitzen. Vor der Investition in einen Zielfonds wird für diesen nach definierten Kriterien, wie z. B. der Erfahrung des Managementteams des Zielfonds, ein Stärken-/Schwächen-Profil erstellt, welches Basis der Investitionsentscheidung des Portfoliomanagements der KVG ist. Zur Erreichung einer innerhalb der Anlageklasse vergleichsweise hohen Anlagesicherheit erfolgen die Investitionen der Gesellschaft nach einem Dachfondskonzept und unter Beachtung von detaillierten Allokationsvorgaben, welche eine Mindestdiversifikation und damit einhergehende Risikostreuung sicherstellen sollen.

2. Wirtschaftsbericht

Makroökonomisches Umfeld

Im Geschäftsjahr 2019 verlief die wirtschaftliche Entwicklung vieler Länder und Regionen, die für bestehende bzw. zukünftige Investitionen der Berichtsgesellschaft bedeutend sind, erneut positiv. Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten ist gegenüber dem Vorjahr langsamer gewachsen, ging jedoch mit einer sinkenden Arbeitslosenquote einher, die den niedrigsten Stand seit einem halben Jahrhundert erreichte. 1, 2 Die Wirtschaft Europas ist im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr zwar langsamer gewachsen, jedoch ging auch das verringerte Wachstum in den meisten Ländern, insbesondere auch in langjährigen Krisenländern wie Portugal, Spanien und Griechenland, mit einer weiter sinkenden Arbeitslosigkeit einher. Die deutsche Wirtschaft ist in 2019 das zehnte Jahr in Folge gewachsen. 3, 4

Vermögenslage / Investitionen

Das Vermögen der Gesellschaft besteht im Wesentlichen aus atypisch stillen Beteiligungen an Zweckgesellschaften, deren Marktwert zum Bilanzstichtag TEUR 12.351 (Vj. TEUR 8.413) beträgt sowie Barmitteln und Barmitteläquivalenten in Form von auf Bankkonten gehaltenen Liquiditätsbeständen der Gesellschaft in Höhe von insgesamt TEUR 1.916 (Vj. TEUR 4.110). Der Zuwachs der atypisch stillen Beteiligungen an den Zweckgesellschaften resultiert maßgeblich aus dem Überhang getätigter Einzahlungen über Wertsteigerungen sowie erhaltene Auszahlungen.



Um die notwendige Risikostreuung sicherzustellen, tätigt die Gesellschaft, mittelbar über Zweckgesellschaften, ausschließlich Investitionen nach einem Dachfondskonzept. Zum Bilanzstichtag war die Gesellschaft mittelbar an 8 Zielfonds (Vj. 8) beteiligt.

Über die gesamte Laufzeit hat die Gesellschaft, mittelbar über Zweckgesellschaften, bis zum Bilanzstichtag 31.12.2019 TEUR 21.498 (Vj. TEUR 21.498) an verbindlichen Investitionszusagen (Commitments) gegenüber Zielfonds abgegeben (Investitionszusagen jeweils mit dem Wechselkurs zum Stichtag der Zeichnung umgerechnet).

Von diesen Commitments wurden durch die Zielfonds im Geschäftsjahr TEUR 3.309 (Vj. TEUR 3.447) abgerufen. Von den Zielfonds flossen im Geschäftsjahr TEUR 1.360 (Vj. TEUR 1.459) zurück (Zahlungsströme jeweils mit dem Wechselkurs zum Stichtag der Zahlungen umgerechnet).

Bei der Gesellschaft bestehen keine Haftungsverhältnisse. Sonstige finanzielle Verpflichtungen aus noch nicht eingeforderten Einlagen der Zweckgesellschaften sowie mögliche sonstige finanzielle Verpflichtungen im Zusammenhang mit den bis zum Bilanzstichtag erhaltenen Rückflüssen der Zielfonds, für welche die Möglichkeit besteht, dass Teilbeträge hiervon wieder eingefordert werden (sog. Recallables), bestehen in Höhe von TEUR 8.327 (Vj. TEUR 11.762).

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2019 sind die wesentlichen Erträge der Gesellschaft die Gewinnanteile aus den atypisch stillen Beteiligungen an den Zweckgesellschaften (TEUR 40; Vj. TEUR 227).

Verwaltungsvergütungen fielen in Höhe von TEUR 256 (Vj. TEUR 231) an. Diese umfassen laufende Kosten für die Verwaltung des AIF sowie an die Vertriebsgesellschaft zu leistende Vergütungen. Andere Aufwendungen beliefen sich auf TEUR 31 (Vj. TEUR 38).

Das realisierte Ergebnis des Geschäftsjahres und damit die wesentliche Steuerungsgröße bzw. der finanzielle Leistungsindikator beläuft sich auf TEUR -229 (Vj. TEUR 0). Damit wurde die letztjährige Erwartung der Geschäftsleitung eines leicht über Vorjahresniveau befindlichen Ergebnisses nicht erfüllt. Ursächlich hierfür war vornehmlich der leichte Rückgang der Erträge aus Gewinnanteilen aus den atypisch stillen Beteiligungen an den Zweckgesellschaften. Überdies wurden keine nicht finanziellen Leistungsindikatoren definiert, da diese auf Ebene des AIF keine wesentliche Steuerungsrelevanz entfalten.

Finanzlage

Der Zuwachs des Beteiligungsvermögens war seinerseits konzeptionsgemäß zu erwarten und entspricht der weiter fortschreitenden Lebensdauer der Berichtsgesellschaft. Das Verhältnis von Marktwert zu Buchwert der atypisch stillen Beteiligungen hat sich hierbei im Vergleich zum Vorjahr erneut verbessert. Der Rückgang der Barmittel und Barmitteläquivalente spiegelt hierbei die Umschichtung des Vermögens des AIF aus den Liquiditätsbeständen in die Private Equity Zielfondsbeiträge und somit die weit fortgeschrittene Investitionstätigkeit der Berichtsgesellschaft wider. Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtszeitraum stets sichergestellt.

Wert und Wertentwicklung

Zum Berichtsstichtag 31.12.2019 zeigt der Nettoinventarwert je Anteil eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr (siehe Anhang zum Jahresabschluss in Abschnitt 3). Mit fortschreitender Portfolioreife auf Ebene der Zweckgesellschaften ist von einem deutlichen Anstieg der an die Berichtsgesellschaft zugewiesenen Gewinnanteile und den resultierenden positiven Effekten auf die Wertentwicklung auszugehen.

Fazit

In Anbetracht der aktuellen Phase in ihrem Lebenszyklus verlief die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtszeitraum insgesamt normal. Das realisierte Ergebnis des Geschäftsjahres lag jedoch, bedingt durch geringere Erträge aus Gewinnanteilen aus den atypisch stillen Beteiligungen an den Zweckgesellschaften, unter den Erwartungen des Vorjahres, während das die Zeitwertänderung umfassende Ergebnis des Geschäftsjahres einen deutlichen Anstieg verzeichnete.

3. Bericht zur Kapitalverwaltungsgesellschaft (Tätigkeitsbericht)

Die RWB PrivateCapital Emissionshaus AG wurde mit Wirkung zum 01.07.2014 formal zur externen Kapitalverwaltungsgesellschaft bestellt. Die hiermit verbundenen Aufgaben hatte sie bereits zuvor auf Basis von Geschäftsbesorgungsverträgen übernommen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat der RWB PrivateCapital Emissionshaus AG diese Tätigkeit mit Schreiben vom 29.10.2014 genehmigt.

Der Verwaltungsvertrag mit der KVG ist bezüglich seiner wesentlichen Merkmale für die Laufzeit und Liquidationsdauer des AIF auf unbestimmte Zeit fest abgeschlossen. Der Verwaltungsvertrag kann nur aus wichtigem Grund unter Einhaltung einer Mindestkündigungsfrist von sechs Monaten gekündigt werden. Der Verwaltungsvertrag regelt in seinem Umfang insbesondere das Risiko- und Portfoliomanagement des AIF sowie weitere Verwaltungstätigkeiten, wie die Fondsbuchhaltung und die Anlegerverwaltung, durch die KVG. Im Berichtszeitraum lagen bezüglich dieser genannten Funktionsbereiche keine formalen Auslagerungen im Sinne des § 36 KAGB vor. Lediglich die Funktionsbereiche der Innenrevision, Compliance, Kundenbetreuung und Investment Controlling waren über das gesamte Geschäftsjahr hinweg auf zentral tätig werdende Einheiten der RWB-Unternehmensgruppe ausgelagert. Die Haftung der KVG ist – soweit gesetzlich zulässig – vertraglich beschränkt. Insbesondere haftet die KVG nicht für einen bestimmten Anlageerfolg des AIF. Bei der Umsetzung der Anlageverwaltung hat die KVG die Vorgaben der Anlagebedingungen und des Gesellschaftsvertrags zu beachten.

Die von der KVG abrechenbaren Gebühren ergeben sich aus den Anlagebedingungen des AIF. Die KVG erhält für die Verwaltung des AIF eine jährliche Vergütung bis zur Höhe von 1,30 % p.a. (inkl. gesetzlicher USt) des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des AIF eines Jahres.

Die KVG hat im Geschäftsjahr an ihre Mitarbeiter, einschließlich der Vorstandsmitglieder, fixe Vergütungen in Höhe von TEUR 3.192 und Weihnachtsgeld in Höhe von TEUR 179 gezahlt. An Führungskräfte und Mitarbeiter, deren berufliche Tätigkeit sich wesentlich auf das Risikoprofil des inländischen AIF ausgewirkt hat, wurden insgesamt Vergütungen in Höhe von TEUR 2.432 gezahlt. Der Personalbestand (ohne Vorstand) der KVG belief sich dabei im Jahresdurchschnitt des Geschäftsjahres auf 39.

4. Chancen und Risiken

Rahmenbedingungen



Die Berichtsgesellschaft beteiligt sich entsprechend ihrer Allokationsstrategie an Private Equity Zielfonds weltweit. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf Investitionen in spezialisierte Zielfonds und Secondary-Dachfonds mit Sitz innerhalb des Geltungsbereiches der AIFM-Richtlinie und mittelbar oder unmittelbar verfolgten Anlagestrategien wie z. B. Buyout und/oder Growth.

Durch auf Frühphasenfinanzierungen (Venture Capital) spezialisierte Zielfonds kann die Berichtsgesellschaft mittelbar auch an Unternehmen beteiligt sein, die erst relativ kurze Zeit bestehen oder in ihrem Geschäftsfeld noch über wenig operative Erfahrungen verfügen. Die Prognose der zukünftigen Geschäftsentwicklung dieser Unternehmen ist daher prinzipiell mit größeren Unsicherheiten behaftet als bei anderen Unternehmensbeteiligungen wie bspw. bei Buyout-Transaktionen. Dem generell erhöhten Performancerisiko eines frühphasenorientierten Zielfonds steht jedoch eine entsprechend größere Wertsteigerungschance gegenüber.

Investitionen in Zielfonds, welche dem Finanzierungsanlass Buyout zuzuordnen sind, stellen grundsätzlich Investitionen in Unternehmen mit einem bereits etablierten Geschäftsmodell dar. Die Prognose der zukünftigen Geschäftsentwicklung dieser Unternehmen ist daher mit geringeren Unsicherheiten behaftet, obwohl auch hier im Einzelfall Wertminderungen bis zum Totalverlust eintreten können.

Eventuelle Wertminderungen einzelner Unternehmen können jedoch durch Wertsteigerungen anderer Investitionen auf Ebene der Zielfonds zumindest ausgeglichen werden. Um eine Risikoreduktion in Bezug auf die Auswirkung des Ausfalls einzelner Zielunternehmen auf den Gesamtfonds zu erreichen, nimmt die Gesellschaft ihre Investitionen nach einem Dachfondskonzept vor und betreibt eine Diversifikation der Investitionen nach verschiedenen Streuungskriterien.

Bei der Durchführung des Risiko- und Liquiditätsrisikomanagements für die Gesellschaft wird ein Bearbeitungs- und Controlling-System eingesetzt, das auch bei der Verwaltung anderer Zweckgesellschaften und AIF durch die RWB PrivateCapital Emissionshaus AG bereits im Einsatz ist. Zur Ermittlung von Liquiditätsrisiken wird durch die Gesellschaft im Rahmen einer kurz- bis mittelfristigen Finanzplanung die Soll-Liquidität mit der Ist-Liquidität verglichen und diese den voraussichtlichen Zahlungsverpflichtungen und Zahlungszeitpunkten gegenübergestellt. Zur Ermittlung der Soll-Liquidität werden eigene sowie allgemein verfügbare Erfahrungswerte über Kapitalabrufe und -rückflüsse zu Grunde gelegt und laufend überwacht. In diesem Zusammenhang werden, soweit notwendig, Maßnahmen zur Vermeidung einer möglichen Liquiditätslücke ergriffen.

Chancen

Die wesentlichen Chancen der Gesellschaft, die sich aus einem Investment in der Anlageklasse Private Equity ergeben, bestehen in einem hohen Renditepotenzial und einer innerhalb der Assetklasse vergleichsweise hohen Anlagesicherheit aufgrund der Konstruktion als Dachfonds und der damit einhergehenden Diversifikation. Aus Sicht der Gesellschaft ist zum Beurteilungszeitpunkt keine Neueinschätzung dieser Chancen geboten, da Unternehmensbeteiligungen auch und gerade über Krisenzeiten hinweg langfristig die höchsten Renditen aller Kapitalanlagemöglichkeiten, bei gleichzeitig vergleichsweise geringer Volatilität, erzielt haben. Insbesondere die weltweite Verbreitung des neuartigen Coronavirus sowie die potentiell resultierenden, vordergründig negativen Auswirkungen könnten Auslöser für sinkende Unternehmenswerte und einen erhöhten Finanzierungsbedarf der betroffenen Unternehmen sein. Hieraus erwächst auf Zielfondsebene die Chance günstiger Einstandspreise und Zugang zu neuen Unternehmensakquisitionen, verbunden mit einem hohen Renditepotential, an dem mittelbar auch die Berichtsgesellschaft partizipieren würde.

Risiken

Die nachfolgende Darstellung von Risiken erfolgt – wo sinnvoll möglich – zunächst vor Risikobegrenzungsmaßnahmen und beschreibt anschließend eben diese. Die Risiken sind gegliedert nach erwarteter Signifikanz bei Risikoeintritt nach Risikobegrenzungsmaßnahmen. Für den AIF waren im Berichtszeitraum die nachfolgend beschriebenen Risiken wesentlich:

Liquiditätsrisiken

Die nachfolgend genannten Risiken münden in dem für den AIF letztlich zentralen Liquiditätsrisiko. Die Liquiditätsrisikosituation wird durch die KVG, unter anderem im Rahmen von regelmäßig durchgeführten Stresstests, fortlaufend überwacht. In den vorherigen Geschäftsjahren tätigte die Gesellschaft Investitionen in erheblichem Umfang, deren Finanzierung auch auf erwarteten, erst zukünftig zu vereinnahmenden, Rückflüssen aus den Beteiligungen fußt. Hierdurch besteht das Risiko einer zukünftigen Finanzierungslücke, verursacht durch ein zeitweises oder dauerhaftes Zurückbleiben der tatsächlich vereinnahmten Rückflüsse hinter den hierfür erwarteten Werten.

Durch die Sicherstellung einer Diversifikation der Investitionen über verschiedene Streuungskriterien sowie die Berücksichtigung von entsprechenden Puffern in den Liquiditätsplanungen, versucht das Risikomanagement ein robustes Rückflussprofil sicherzustellen und das eingangs beschriebene Risiko in seiner Wirkung abzumildern. Das Risiko des AIF, seinen fälligen Zahlungsverpflichtungen nicht termingerecht nachkommen zu können, ist derzeit als relativ gering einzustufen.

Wertschwankungen (Marktpreisrisiken)

Die Berichtsgesellschaft stellt den jeweiligen Zielfonds mittelbar Kapital zur Verfügung, welches diese wiederum in Zielunternehmen investieren. Die Zielunternehmen operieren ihrerseits unter Einsatz der erhaltenen finanziellen Mittel entsprechend ihrem jeweiligen Unternehmenszweck. Die Berichtsgesellschaft, die Zielfonds und die Anleger tragen somit die allgemeinen wirtschaftlichen Risiken der Zielunternehmen, wie zum Beispiel das Auftreten von Wirtschaftskrisen oder Fehleinschätzungen des Managements. Eintretene Risiken auf Zielunternehmensebene beeinflussen deren Marktwert und können bis zur Insolvenz eines Zielunternehmens führen, wodurch letztlich auch ein Totalverlust des von den Anlegern investierten Kapitals entstehen kann. Insbesondere die weltweite Verbreitung des neuartigen Coronavirus seit Beginn des Jahres 2020 sowie die von der Staatengemeinschaft zur Bekämpfung dieser Epidemie getroffenen Maßnahmen (Kontakt- und Ausgangsverbote bzw. -beschränkungen) können sich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Zielunternehmen auswirken.

Die regelmäßig berichteten Unternehmenswerte fußen auf Stichtagsbewertungen. Aus diesen Bewertungen resultieren für den AIF jedoch zunächst lediglich unrealisierte Gewinne oder Verluste zu einem bestimmten Zeitpunkt, die keinerlei unmittelbaren Einfluss auf dessen aktuelle Liquiditätsrisikosituation entfalten. Dennoch besteht insbesondere auf Grund der aktuellen Corona-Pandemie die Gefahr einer verzögerten Rückflussentwicklung durch eine Erhöhung von Liquiditätsreserven auf Zielfondsebene sowie erst später möglichen Unternehmensverkäufen. Ebenso könnten die erzielbaren Veräußerungserlöse für die Zielunternehmen negativ beeinträchtigt werden. Diese Effekte wiederum könnten dann jedoch mittelbar negative Auswirkungen auf die zukünftige Liquiditätsrisikosituation des AIF entfalten.

Durch die Sicherstellung einer ausreichend breiten Streuung wie beispielsweise über Finanzierungsanlässe, Vintagejahre sowie Regionen versucht das Risikomanagement die eingangs beschriebenen Risiken in ihrer Wirkung abzumildern und trägt zur aktiven Vermeidung sogenannter Klumpenrisiken bei.



Währungsrisiken

Die Berichtsgesellschaft warb Anlagegelder in Euro ein und tätigt ebenso alle Auszahlungen an die Anleger in Euro. Der Investitionsschwerpunkt des AIF liegt auf der weltweiten Beteiligung an Private Equity Zielfonds. Die Investitionen des AIF in diese Zielfonds werden zum Ende der Investitionsphase des AIF zum überwiegenden Teil in Euro (mind. 70 %) erfolgt sein, jedoch können auch bis zu max. 30 % in Fremdwährungen investiert werden. Die Investitionen der Zielfonds in Zielunternehmen können ebenso in Fremdwährungen erfolgen. Damit ist das Ergebnis der Berichtsgesellschaft zum Teil unmittelbar und mittelbar auch von den hieraus resultierenden möglichen Wechselkurs- und Währungsrisiken abhängig.

Das Risikomanagement trägt durch geeignete Verfahren dazu bei, diese Risiken für den AIF zu minimieren. So hält der AIF beispielsweise bereits während der Investitionsphase ausreichende Liquiditätsreserven in den relevanten Fremdwährungen vor (geglätteter Durchschnittskurs) um Kapitalabrufe, die in Fremdwährung erfolgen, in eben dieser finanzieren zu können. Darüber hinaus werden Rückflüsse aus Zielfondsbeiträgen in Fremdwährungen zunächst den jeweiligen Fremdwährungs-Liquiditätsreserven zugeführt. Erst nach dem Ende der Kapitalabrufe der jeweiligen Zielfonds werden die Fremdwährungs-Liquiditätsreserven sukzessive aufgelöst und zurück in Euro getauscht. Dieses Vorgehen ermöglicht es, das allen Kapitalabrufern in Fremdwährung inhärente Transaktions- und Operationsrisiko zu reduzieren.

Rechtsrisiken

Nach den für den AIF gültigen Regulierungsvorschriften dürfen neue Investitionen in Zielfonds nur nach vorheriger Erstellung eines Bewertungsgutachtens durch einen externen Bewerter erfolgen. Die Kosten des Gutachtens hat der AIF zu tragen. Die Bereitschaft zur Mandatsübernahme der externen Bewerter sowie die resultierenden Kosten für das Gutachten hängen unmittelbar von der Komplexität des Bewertungsobjektes (Lebenszyklusphase des Zielfonds, strukturelle bzw. vertragliche Komplexität) ab. Es hat sich gezeigt, dass insbesondere Sekundärmarkttransaktionen hiervon betroffen sind. In der Folge besteht für den AIF die Gefahr einer steigenden Kostenbelastung sowie erheblichen Einschränkungen im Rahmen seiner weiteren Investitionstätigkeit (Allokationsrisiko).

Um die Wirkung der oben beschriebenen Risiken abzumildern, hat die KVG Mandatsbeziehungen zu mehreren, von den Aufsichtsbehörden genehmigten externen Bewertern aufgebaut und ergreift aktiv Maßnahmen um die Kostenbelastungen für den AIF so gering wie möglich zu halten.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken erwachsen für den AIF aus der Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen eintreten. Risiken können hierbei unmittelbar auf Ebene des AIF oder mittelbar auf Ebene der KVG entstehen.

Für beide Fälle hat das Risikomanagement Vorkehrungen getroffen. So wurden beispielsweise die aus Sicht der Geschäftsführung wesentlichen Risiken (Kernrisiken), für die auf Grund ihrer Signifikanz eine fortlaufende Überwachung und Steuerung unabdingbar ist, auf beiden Ebenen identifiziert und in Risikokatalogen abgebildet. Weiterhin wurden ein Organisationshandbuch sowie zugehörige Abteilungshandbücher erarbeitet, in denen Präventionsstrategien und Eskalationsstrategien kodifiziert sind, um den Eintritt von Risiken weitgehend zu vermeiden bzw. eingetretene Risiken sicher beherrschen zu können.

Fazit

Zum Berichtszeitpunkt sind der Geschäftsführung neben den potentiellen negativen Entwicklungen aus der Corona-Pandemie keine Tatsachen bekannt, die für die Zukunft eine überdurchschnittliche Eintrittswahrscheinlichkeit einzelner, sich aus der laufenden Marktbeobachtung durch die Berichtsgesellschaft ergebender, systemimmanenter Risiken auf Ebene von (potentiellen) Private Equity Zielfonds erwarten lassen. Änderungen der steuerlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen können den künftigen Erfolg der Gesellschaft jedoch grundsätzlich beeinflussen. Der akute Eintritt bestandsgefährdender Risiken war zum Berichtszeitpunkt nicht erkennbar.

5. Prognosebericht

Die Gesellschaft befindet sich weiter in der Investitionsphase und tritt nunmehr erst mit Ablauf des 31.12.2020 in Liquidation. Bis dahin darf sie neue Investitionen vornehmen und Rückflüsse reinvestieren. Nach den Planungen der externen KVG soll im aktuellen Geschäftsjahr eine abschließende Investition in einen Zielfonds getätigt werden.

Mit fortschreitender Portfolioreife auf Ebene der Zweckgesellschaften, ist von einem deutlichen Anstieg der an die Berichtsgesellschaft zugewiesenen Gewinnanteile auszugehen. Diesen werden jedoch weiter die mit den zuvor getätigten Neuinvestitionen auf Ebene der Zweckgesellschaften einhergehenden, für Private Equity typischen, Anfangsverluste („J-Kurve“) gegenüberstehen. Insgesamt geht die Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2020 von einem positiven realisierten Ergebnis aus, das deutlich über dem Niveau dieses Jahres liegen wird. Diese Einschätzung erfolgt jedoch unter dem Vorbehalt zukünftiger negativer Entwicklungen und Maßnahmen der Staatengemeinschaft im Rahmen der Corona-Pandemie. Hieraus resultierende Bewertungsrückgänge der Zielfondsportfolien sowie verzögerte oder sinkende Gewinnrealisierungen könnten indirekt zu einem realisierten Ergebnis nur auf oder leicht unter Vorjahresniveau führen.

Oberhaching, den 27. Mai 2020

gez. Horst Güdel

gez. Norman Lemke

für die persönlich haftende Gesellschafterin RWB PrivateCapital Verwaltungs GmbH

1) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14558/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-in-den-usa/>

2) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/17332/umfrage/arbeitslosenquote-in-den-usa/>



3) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/160142/umfrage/arbeitslosenquote-in-den-eu-laendern/>

4) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/156282/umfrage/entwicklung-des-bruttoinlandsprodukts-bip-in-der-eu-und-der-eurozone/#:~:text=Das%20reale%20Bruttoinlandsprodukt%20ber%C3%BCcksichtigt%20die,2%20Prozent%20gegen%C3%BCber%20dem%20Vorjahr.>

Bilanz

A. Aktiva

	31.12.2019	31.12.2018
I. Beteiligungen	12.351.463,56	8.413.372,90
II. Barmittel und Barmitteläquivalente		
Täglich verfügbare Bankguthaben	1.915.589,26	4.109.776,63
III. Forderungen		
Andere Forderungen	0,00	3.486,79
davon Forderungen an Gesellschafter		
EUR 0,00 / Vj: 3.486,79		
Summe A k t i v a	14.267.052,82	12.526.636,32

B. Passiva

	31.12.2019	31.12.2018
I. Rückstellungen	271.689,51	252.207,30
II. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
aus anderen Lieferungen und Leistungen	6.010,56	6.004,86
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
EUR 6.010,56 / Vj: 6.004,86		
III. Eigenkapital		
1. RWB PrivateCapital Emissionshaus AG	3.548,13	3.724,87
2. DMK Mittelstandskontor Beteiligungstreuhand GmbH	354,80	372,48
3. Treugeberkommanditisten	10.424.119,54	10.654.987,07
4. Nicht realisierte Gewinne aus der Neubewertung	1.951.990,54	740.615,06
5. Gewinnvortrag nicht realisiert	1.609.339,74	868.724,68
Summe P a s s i v a	14.267.052,82	12.526.636,32



Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2019	31.12.2018
I. Erträge		
1. Erträge aus Beteiligungen	40.016,34	227.001,71
2. Sonstige betriebliche Erträge	17.807,61	41.264,42
davon Erträge aus der Währungsumrechnung		
EUR 16.698,36 / Vj: 38.659,22		
Summe der Erträge	57.823,95	268.266,13
II. Aufwendungen		
1. Verwaltungsvergütung	-255.585,83	-230.920,51
2. Verwahrstellenvergütung	-8.211,00	-8.211,00
3. Prüfungs- und Veröffentlichungskosten	-15.225,83	-15.024,00
4. Sonstige Aufwendungen	-7.737,35	-14.446,78
davon Aufwendungen aus der Währungsumrechnung		
EUR -24,85 / Vj: 0,00		
Summe der Aufwendungen	-286.760,01	-268.602,29
III. Ordentlicher Nettoertrag	-228.936,06	-336,16
IV. Realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres	-228.936,06	-336,16
V. Zeitwertänderung		
Erträge aus der Neubewertung	1.951.990,54	740.615,06
Summe des nicht realisierten Ergebnisses des Geschäftsjahres	1.951.990,54	740.615,06
VI. Ergebnis des Geschäftsjahres	1.723.054,48	740.278,90

Anhang für das Geschäftsjahr 2019

1. Allgemeine Angaben

Die RWB Global Market GmbH & Co. Secondary V geschlossene Investment-KG, Oberhaching, ist eine extern verwaltete geschlossene Investmentgesellschaft (AIF) in der Rechtsform einer Kommanditgesellschaft i. S. d. § 1 Abs. 3, 5, 11 und 13 Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB). Sie ist beim Amtsgericht München unter der Nummer HRA 100116 eingetragen.

Die Gesellschaft gilt als kleine Kapitalgesellschaft i. S. d. § 264a HGB i. V. m. § 267a Abs. 3 Nr. 1 HGB. Größenabhängige Erleichterungen wurden teilweise in Anspruch genommen.

Der Jahresabschluss ist gemäß § 158 Satz 1 KAGB i. V. m. § 135 KAGB unter Berücksichtigung der Kapitalanlage-Rechnungslegungs- und -Bewertungsverordnung (KARBV) aufgestellt. Soweit sich aus den Vorschriften des KAGB und der KARBV nichts anderes ergibt, sind die Bestimmungen des Dritten Buches des Handelsgesetzbuchs (HGB) anzuwenden.

Die Bilanz ist nach den Bestimmungen des § 135 Abs. 3 KAGB i. V. m. § 21 KARBV in Staffelform aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist gemäß § 135 Abs. 4 KAGB i. V. m. § 22 KARBV gegliedert. Der Anhang ist gemäß § 135 Abs. 5 KAGB i. V. m. § 101 Abs. 1 und 2 KAGB und i. V. m. § 25 KARBV erstellt.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

2.1 Allgemeines

Die Bewertung des Anlagevermögens erfolgt nach den investimentrechtlichen Grundsätzen der §§ 168 f. KAGB i. V. m. §§ 271 f. KARBV und der §§ 26, 28 und 29 KARBV. Die externe Kapitalverwaltungsgesellschaft (KVG) hat hierfür eine interne Bewertungsrichtlinie erstellt, welche Verfahren für die ordnungsgemäße, transparente und unabhängige Bewertung der Vermögensgegenstände des Investmentvermögens festlegt. Das Verfahren für die laufende Bewertung folgt dem internationalen Branchenstandard der „International Private Equity and Venture Capital Valuation Guidelines“, die als marktübliches Bewertungsmodell i. S. d. § 28 Abs. 1 KARBV angesehen werden können. Hiernach ist der Nettoinventarwert (NAV) einer eingegangenen Zielfonds Beteiligung der zentrale Anknüpfungspunkt für eine Bewertung im Bereich der Anlageklasse Private Equity Dachfonds. Die KVG hat sich daher bei der Auswahl ihres grundsätzlichen Bewertungsmodells entschieden, eine Methode anzuwenden, in welcher der NAV den Ausgangspunkt der Bewertung darstellt. Hierbei wird im Rahmen der laufenden Bewertung geprüft, ob dieser NAV aufgrund individueller Gegebenheiten, vornehmlich bedingt durch bis zum Zeitpunkt der Bewertung erlangte wertaufhellende Erkenntnisse anzupassen ist.

Die Gesellschaft besitzt kein Investmentbetriebsvermögen i. S. d. § 156 Abs. 1 KAGB.

Barmittel und Barmitteläquivalente sind mit dem Nennwert bilanziert.

Die Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um bestehende und erkennbare Risiken abzudecken.

Die Verbindlichkeiten wurden gemäß § 29 Abs. 3 KARBV mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

2.2 Erläuterungen zur Bilanz

Die Investmentgesellschaft hat sich mit Vertrag vom 06.12.2013 verpflichtet, sich an der 3. RWB Secondary Market Beteiligungs GmbH, Oberhaching, als atypisch stille Gesellschafterin zu beteiligen und deren Gesellschaftszweck zu fördern. Der Buchwert der Beteiligung betrug zum Bilanzstichtag EUR 1.965.054,24 (Vorjahr: EUR 2.371.141,87). Der letzte Jahresabschluss der 3. RWB Secondary Market Beteiligungs GmbH zum 31. Dezember 2019 weist ein Eigenkapital in Höhe von EUR 21.957.177,04 (Vorjahr: EUR 25.878.249,86) aus (davon entfallen EUR 21.917.945,96 [Vorjahr: EUR 25.838.991,25] auf atypisch stille Gesellschafter). Der Jahresüberschuss beläuft sich im Geschäftsjahr 2019 auf EUR 478.831,06 (Vorjahr: EUR 2.877.168,89) (davon entfallen EUR 478.858,59 [Vorjahr: EUR 2.874.980,86] auf atypisch stille Gesellschafter). Der Verkehrswert der atypisch stillen Beteiligung zum 31.12.2019 betrug EUR 3.100.945,59 (Vorjahr: EUR 3.401.954,54).

Die Investmentgesellschaft hat sich mit Vertrag vom 13.12.2016 verpflichtet, sich an der 5. RWB Secondary Market Beteiligungs GmbH, Oberhaching, als atypisch stille Gesellschafterin zu beteiligen und deren Gesellschaftszweck zu fördern. Der Buchwert der Beteiligung betrug zum Bilanzstichtag EUR 6.825.079,04 (Vorjahr: EUR 4.432.891,29). Der letzte Jahresabschluss der 5. RWB Secondary Market Beteiligungs GmbH zum 31. Dezember 2019 weist ein Eigenkapital in Höhe von EUR 8.898.919,89 (Vorjahr: EUR 5.069.186,62) aus (davon entfallen EUR 8.875.069,88 [Vorjahr: EUR 5.045.235,67] auf atypisch stille Gesellschafter). Der Jahresfehlbetrag beläuft sich im Geschäftsjahr 2019 auf EUR 13.564,33 (Vorjahr: EUR 3.166,60) (davon entfallen EUR 13.463,39 [Vorjahr: EUR 3.118,65] auf atypisch stille Gesellschafter). Der Verkehrswert der atypisch stillen Beteiligung zum 31.12.2019 betrug EUR 9.250.517,97 (Vorjahr: EUR 5.011.418,36).

Der Anteil der Vermögensgegenstände, welche gemäß § 300 Abs. 1 Nr. 1 KAGB schwer zu liquidieren sind, beträgt 88,29 % des Werts des AIF.

Der AIF tätigte im laufenden Geschäftsjahr keine Wertpapier-Geschäfte.

Die Rückstellungen stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

	31.12.2019 EUR	31.12.2018 EUR
Rückstellungen für laufende Kosten (KVG, Vertriebsgesellschaft)	258.089,51	234.407,30
Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten	13.600,00	17.800,00
Summe	271.689,51	252.207,30

Sämtliche Rückstellungen hatten am Bilanzstichtag eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr. Eine Abzinsung i. S. d. § 253 Abs. 2 S. 1 HGB erfolgte nicht.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen zum Geschäftsjahresende EUR 6.010,56 (Vorjahr: EUR 6.004,86).

Keines der Wirtschaftsgüter ist Gegenstand von Rechten Dritter.



Die Entwicklung des Anlagevermögens i. S. d. § 284 Abs. 3 HGB, die Vermögensaufstellung i. S. d. § 101 Abs. 1 S. 3 Nr. 1 KAGB, die Verwendungsrechnung i. S. d. § 24 Abs. 1 KARBV, die Entwicklungsrechnung i. S. d. § 24 Abs. 2 KARBV sowie der Ausweis der Kapitalkonten i. S. d. § 25 Abs. 4 KARBV ergeben sich aus den dem Anhang beigefügten Anlagen.

Anlagenübersicht:

Anlagenbezeichnung	Anlagenziffer
Entwicklung des Anlagevermögens	Anlage 1
Vermögensaufstellung	Anlage 2
Verwendungsrechnung	Anlage 3
Entwicklungsrechnung	Anlage 4
Ausweis der Kapitalkonten	Anlage 5

2.3 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Erträge aus Beteiligungen betragen im Jahr 2019 insgesamt EUR 40.016,34 (Vorjahr: EUR 227.001,71).

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen:

	2019 EUR	2018 EUR
Erträge aus der Währungsumrechnung	16.698,36	38.659,22
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.109,25	2.605,20
Summe	17.807,61	41.264,42

Die Verwahrstellenvergütung an die Depotbank CACEIS Bank S.A., Germany Branch, München, betrug EUR 8.211,00 (Vorjahr: EUR 8.211,00).

Die Prüfungs- und Veröffentlichungskosten enthalten Abschluss- und Prüfungskosten in Höhe von EUR 15.225,83 (Vorjahr: EUR 15.024,00).

Die sonstigen Aufwendungen bestehen aus:

	2019 EUR	2018 EUR
Zinsen	7.056,95	12.956,95
Nebenkosten des Geldverkehrs	480,55	479,49
Beiträge	175,00	1.010,34
Aufwendungen aus der Währungsumrechnung	24,85	0,00
Summe	7.737,35	14.446,78

2.4 Grundlagen für die Umrechnung in Euro

Sofern ein Posten in Fremdwährung vorlag, wurde sein Wert mit dem Devisenkassamittelkurs zum Bilanzstichtag (1 USD = 0,891614) in Euro umgerechnet und angesetzt. Unterjährige Geschäftsvorfälle wurden mit dem Devisenkassamittelkurs am Tag der Vereinnahmung bzw. Zahlung umgerechnet.

3. Sonstige Angaben

Der Nettoinventarwert des AIF und der Nettoinventarwert je Anteil i. S. d. § 25 Abs. 3 Nr. 5 und § 14 KARBV i. V. m. § 101 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 KAGB betragen:

	31.12.2019 EUR	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
Nettoinventarwert des AIF	13.989.352,75	12.268.424,16	11.534.218,72
Nettoinventarwert je Anteil	1,0701	0,9384	0,8823

Die Gesamtkostenquote der an die Kapitalverwaltungsgesellschaft, an Gesellschafter der Kapitalverwaltungsgesellschaft oder der Fondsgesellschaft sowie an Dritte (Verwahrstelle und Vertriebsgesellschaft) gezahlten laufenden Kosten beläuft sich auf 2,18 % (Vorjahr: 2,26 %).

Die Gesamtkostenquote drückt sämtliche vom AIF im Berichtszeitraum getragenen Kosten (ohne Transaktions- und Emissionskosten) im Verhältnis zum durchschnittlichen Nettoinventarwert des AIF des laufenden Geschäftsjahres aus.

Transaktionskosten wurden weder im Berichtsjahr noch im Vorjahr gezahlt.

Dem AIF wurden Verwaltungsvergütungen i. S. d. § 101 Abs. 2 Nr. 4 KAGB in Höhe von insgesamt EUR 255.585,83 (Vorjahr: EUR 230.920,51) berechnet.

Die KVG erhält keine Rückvergütungen der aus dem AIF an die Verwahrstelle und an Dritte geleisteten Vergütungen und Aufwendererstattungen.

Bei der Gesellschaft bestehen keine Haftungsverhältnisse.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen gegenüber den Zielfonds aus noch nicht eingeforderten Einlagen sowie im Zusammenhang mit den bis zum Bilanzstichtag erhaltenen Rückflüssen, für welche die Möglichkeit besteht, dass Teilbeträge hiervon wieder eingefordert werden können (sog. Recallables), bestehen in Höhe von EUR 8.327.469,25 (Vorjahr: EUR 11.762.378,48).

Die Geschäftsführung obliegt der persönlich haftenden Gesellschafterin, RWB PrivateCapital Verwaltungs GmbH, Oberhaching. Ihr Stammkapital beträgt EUR 25.000,00. Sie ist nicht am Eigenkapital der Gesellschaft beteiligt und wird vertreten durch die Geschäftsführer Horst Güdel, Vorstand der RWB PrivateCapital Emissionshaus AG, und Norman Lemke, Vorstand der RWB PrivateCapital Emissionshaus AG.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2019 keine Arbeitnehmer beschäftigt.

Oberhaching, den 27. Mai 2020

gez. Horst Güdel

gez. Norman Lemke

für die persönlich haftende Gesellschafterin RWB PrivateCapital Verwaltungs GmbH

Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2019

		Anschaffungskosten			
		01.01.2019	Zugänge	Abgänge	31.12.2019
Beteiligungen	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Beteiligungen	6.804.033,16	3.348.568,21	-1.362.468,09	8.790.133,28	
Summe der Beteiligungen	6.804.033,16	3.348.568,21	-1.362.468,09	8.790.133,28	
		Zeitwertänderungen			
		01.01.2019	Zu- schreibungen	Ab- schreibungen	31.12.2019
Beteiligungen	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Beteiligungen	1.609.339,74	1.951.990,54	0,00	3.561.330,28	



Summe der Beteiligungen	1.609.339,74	1.951.990,54	0,00	3.561.330,28
		Verkehrswert		
		31.12.2019	31.12.2018	
Beteiligungen		EUR		EUR
	Beteiligungen	12.351.463,56		8.413.372,90
Summe der Beteiligungen		12.351.463,56		8.413.372,90

Sonstiges

VERMÖGENSAUFSTELLUNG

zum 31. Dezember 2019			
		Verkehrswert	Anteil am Vermögen
		EUR	%
Beteiligungen			
	Beteiligungen	12.351.463,56	88,29%
Barmittel und Barmitteläquivalente			
	Täglich verfügbare Bankguthaben	1.915.589,26	13,69%
Rückstellungen			
	Rückstellungen für Sonstiges	-258.089,51	-1,84%
	Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten	-13.600,00	-0,10%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			
	aus anderen Lieferungen und Leistungen		
	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-6.010,56	-0,04%
	Nettoinventarwert	13.989.352,75	100,00%

VERWENDUNGSRECHNUNG

zum 31. Dezember 2019			
		2019	2018
		Insgesamt	Insgesamt
		EUR	EUR
1.	Realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres	-228.936,06	-336,16

2.	Belastung auf Kapitalkonten	228.936,06	336,16
3.	Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,00	0,00

ENTWICKLUNGSRECHNUNG
zum 31. Dezember 2019

			Kommanditisten
			EUR
I.	Wert des Kommanditkapitals am Beginn des Geschäftsjahres		12.268.424,16
	1.	Entnahmen für das Vorjahr	0,00
	2.	Zwischenentnahmen	-2.125,89
	3.	Mittelzufluss (netto)	
	a)	Mittelzuflüsse aus Gesellschaftereintritten	0,00
	b)	Mittelabflüsse wegen Gesellschafteraustritten	0,00
	4.	Realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres	-228.936,06
	5.	Nicht realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres	1.951.990,54
II.	Wert des Kommanditkapitals am Ende des Geschäftsjahres		13.989.352,75

AUSWEIS DER KAPITALKONTEN

(gemäß § 8 des Gesellschaftsvertrages und § 25 Abs. 4 KARBV)

zum 31. Dezember 2019

Entsprechend der Regelung des § 8 des Gesellschaftsvertrages lassen sich die Kapitalkonten der Komplementärin sowie der Kommanditisten in diesem Geschäftsjahr wie folgt darstellen:

		Komplementärin		Kommanditisten	
		RWB PrivateCapital Verwaltungs GmbH		RWB PrivateCapital Emissionshaus AG	
		31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018
Kapitalkonten	Kontobezeichnungen	EUR	EUR	EUR	EUR
Kapitalkonto I	Einlagenkonto	0,00	0,00	10.000,00	10.000,00
Kapitalkonto II	Gewinn- und Verlustausgleichskonto	0,00	0,00	-6.444,00	-6.268,89
Kapitalkonto III	Entnahmekonto	0,00	0,00	-7,87	-6,24
Summe der Kapitalkonten		0,00	0,00	3.548,13	3.724,87
		Kommanditisten			
		DMK Mittelstandskontor Beteiligungstreuhand GmbH		Treugeberkommanditisten	
		31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018



Kapitalkonten	Kontobezeichnungen	EUR	EUR	EUR	EUR
Kapitalkonto I	Einlagenkonto	1.000,00	1.000,00	13.062.447,35	13.062.447,35
Kapitalkonto II	Gewinn- und Verlustausgleichskonto	-644,41	-626,90	-2.628.057,33	-2.399.313,89
Kapitalkonto III	Entnahmekonto	-0,79	-0,62	-10.270,48	-8.146,39
Summe der Kapitalkonten		354,80	372,48	10.424.119,54	10.654.987,07

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern, dass nach bestem Wissen der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und dass die wesentlichen Chancen und Risiken in Bezug auf die voraussichtliche Entwicklung beschrieben sind.

Oberhaching, den 27. Mai 2020

gez. Horst Güdel

gez. Norman Lemke

für die persönlich haftende Gesellschafterin RWB PrivateCapital Verwaltungs GmbH

Feststellung des Jahresabschlusses

Die Feststellung des Jahresabschlusses ist noch nicht erfolgt.

Vermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die RWB Global Market GmbH & Co. Secondary V geschlossene Investment-KG,
Oberhaching

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der RWB Global Market GmbH & Co. Secondary V geschlossene Investment-KG, Oberhaching – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der RWB Global Market GmbH & Co. Secondary V geschlossene Investment-KG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse



entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für bestimmte Personengesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der Vorschriften des deutschen Kapitalanlagegesetzbuchs (KAGB) und den einschlägigen europäischen Verordnungen und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und

vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und den einschlägigen europäischen Verordnungen

Gemäß § 159 Satz 1 i. V. m. § 136 KAGB i. V. m. § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 159 Satz 1 i. V. m. § 136 KAGB i. V. m. § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Vermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für bestimmte Personengesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der Vorschriften des deutschen KAGB und den einschlägigen europäischen Verordnungen in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften und den einschlägigen europäischen Verordnungen entspricht. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und einschlägigen europäischen Verordnungen zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften und den einschlägigen europäischen Verordnungen entspricht, sowie einen Vermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 159 Satz 1 i. V. m. § 136 KAGB i. V. m. § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeits, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit



besteht, sind wir verpflichtet, im Vermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Vermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, ein-schließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten

Prüfungsurteil

Wir haben die ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten der RWB Global Market GmbH & Co. Secondary V geschlossene Investment-KG, Oberhaching, zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse erfolgte die Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß.

Grundlage für unser Prüfungsurteil

Wir haben die Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten in Übereinstimmung mit § 159 i. V. m. § 136 Abs. 2 KAGB unter Beachtung des International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised) „Assurance Engagements Other than Audits or Reviews of Historical Financial Information“ (Stand Dezember 2013) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten“ unseres Vermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit diesen Vorschriften als notwendig bestimmt haben, um die ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten zu ermöglichen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten ordnungsgemäß ist, sowie einen Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zu der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine Übereinstimmung mit § 159 i. V. m. § 136 Abs. 2 KAGB unter Beachtung des International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised) „Assurance Engagements Other than Audits or Reviews of Historical Financial Information“ (Stand Dezember 2013) durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Zuweisung stets aufdeckt. Falsche Zuweisungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftiger Weise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten getroffene wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Zuweisungen von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Zuweisungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Zuweisungen bzw. das Außerkraftsetzen von Kontrollen beinhalten können.

beurteilen wir die Ordnungsmäßigkeit der Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der Prüfung des relevanten internen Kontrollsystems und von aussagebezogenen Prüfungshandlungen überwiegend auf Basis von Auswahlverfahren.

München, den 30. Juni 2020

KPMG AG



Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Ziegler gez. Bahadin

Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüferin